INFOGRAFIK: Die wichtigsten Enthüllungen der "Twitter-Akten"

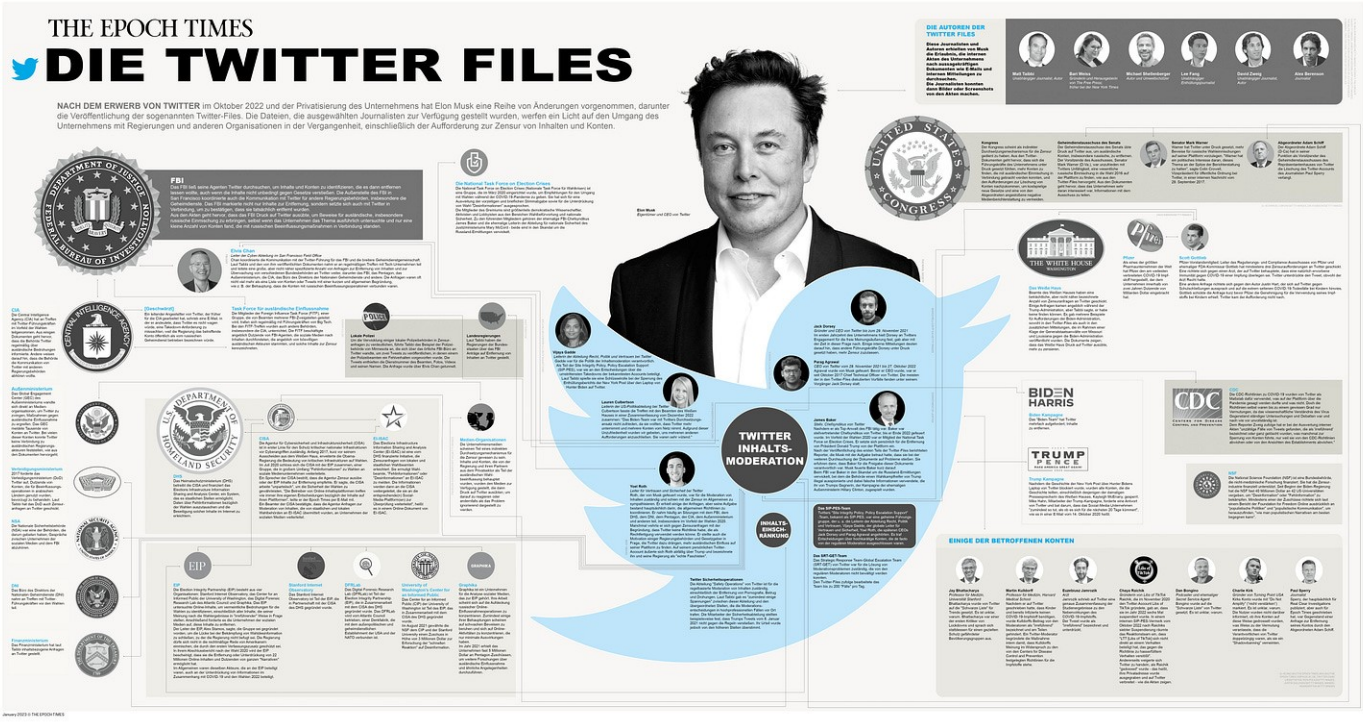
Rabbit Research

Von The Epoch Times (Petr Svab)

Dokumente, die der neue Eigentümer von Twitter, der Tech-Milliardär Elon Musk, veröffentlicht hat, zeigen, dass das Social-Media-Unternehmen mit einem staatlich-privaten Zensurapparat verflochten war.

Twitter unterdrückte oder entfernte Inhalte zu verschiedenen Themen, darunter Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen 2020, Probleme bei der Briefwahl und verschiedene Aspekte der COVID-19-Pandemie. Das Unternehmen stand unter dem Druck der Regierung, solche Inhalte und ihre Verbreiter von der Plattform zu entfernen, obwohl es die meiste Zeit bereitwillig mit den Zensuraufforderungen kooperierte, wie aus den Dokumenten hervorgeht.

INFOGRAFIK (Klicken Sie auf das Bild, um es zu vergrößern, oder klicken Sie hier zum Herunterladen) (Englisch)



Infografik zu den Twitter Files auf deutsch (6MB hochaufösend)

Musk hat Twitter im Oktober übernommen und das Unternehmen in die Privatwirtschaft überführt. Anschließend entließ er etwa die Hälfte der Mitarbeiter und einen Großteil der oberen Führungsebene und versprach, Twitter in eine neue Richtung zu lenken. Die *"#TwitterFiles"*-Veröffentlichungen waren Teil seines Versprechens, sich auf die Transparenz des Unternehmens zu konzentrieren.

Er erlaubte mehreren unabhängigen Journalisten, Suchanfragen einzureichen, die dann von Twitter-

Mitarbeitern verwendet wurden, um die internen Dokumente des Unternehmens zu durchsuchen, manchmal unter der Bedingung, dass die daraus resultierenden Geschichten zuerst auf der Plattform selbst veröffentlicht werden würden.

Die beiden Journalisten, die in erster Linie für die Veröffentlichungen verantwortlich waren, sind Matt Taibbi, ein ehemaliger Redakteur der Zeitschrift Rolling Stone, und Bari Weiss, ein ehemaliger Redakteur der New York Times und des Wall Street Journal. Beide sind Liberale, die ihre Enttäuschung über die extremeren Strömungen des Progressivismus und Neoliberalismus zum Ausdruck gebracht haben.

An den Veröffentlichungen beteiligt waren auch die unabhängigen Journalisten Lee Fang und David Zweig, der ehemalige New York Times-Reporter Alex Berenson und der Autor und Umweltschützer Michael Shellenberger.

Die Journalisten haben nur einen Bruchteil der von ihnen geprüften Dokumente veröffentlicht. Sie haben auch die Namen der beteiligten Mitarbeiter geschwärzt, abgesehen von einigen hochrangigen Führungskräften.

Die Dokumente zeigen, dass das FBI und andere staatliche, lokale und bundesstaatliche Behörden die politische Meinungsäußerung von Amerikanern in erheblichem Umfang überwachen und versuchen, rechtmäßige Äußerungen zu unterdrücken oder online zu entfernen. Viele konservative und traditionell liberale Kommentatoren halten dies für einen Verstoß gegen den Ersten Verfassungszusatz.

Elon Musk gibt Interviews bei seiner Ankunft auf der Offshore Northern Seas 2022 Konferenz in Stavanger, Norwegen, am 29. August 2022.

Twitter, ein wichtiger Knotenpunkt für politische Äußerungen, war eines der Hauptziele der Zensur. Viele Nachrichten wurden in den letzten Jahren über Twitter verbreitet, und ein erheblicher Teil der politischen Debatte des Landes findet auf der Plattform statt, da sie einen effizienten Weg für die direkte und öffentliche Interaktion zwischen den Nutzern bietet, von den prominentesten bis zu den

weniger prominenten.

Twitter widersetzte sich einigen Zensuranfragen, aber es gab kaum Anzeichen dafür, dass das Unternehmen dies aus Prinzip tat. Vielmehr konnten die Führungskräfte manchmal keine Richtlinie finden, die sie als Rechtfertigung verwenden konnten. Der frühere Twitter-CEO Jack Dorsey wurde von seinen Leutnants unter Druck gesetzt, die Richtlinien zu erweitern, um eine gründlichere Zensur zu ermöglichen, wie aus den Dokumenten hervorgeht.

"Die Hypothese, die den meisten unserer Maßnahmen zugrunde liegt, ist, dass wir, wenn die Exposition, z. B. durch Fehlinformationen, direkt Schaden anrichtet, Abhilfemaßnahmen ergreifen sollten, die die Exposition verringern, und dass die Begrenzung der Verbreitung/Viralität von Inhalten ein guter Weg ist, um dies zu erreichen (indem wir einfach die Prävalenz insgesamt verringern)", sagte Yoel Roth, der damalige Leiter von Twitters Abteilung für Vertrauen und Sicherheit, die für die Inhaltspolitik zuständig ist, in einer von Weiss veröffentlichten internen Nachricht aus dem Jahr 2021.

"Wir haben Jack dazu gebracht, dies für die zivile Integrität in naher Zukunft zu implementieren, aber wir müssen uns noch mehr anstrengen, um dies in unser Repertoire an Abhilfemaßnahmen aufzunehmen - vor allem für andere Bereiche der Politik."

Jack Dorsey, Schöpfer, Mitbegründer und Vorsitzender von Twitter sowie Mitbegründer und CEO von Square

Share

In vielen Fällen erlaubten die Verantwortlichen von Twitter der Regierung de facto, ihre Kritiker auf der Plattform zum Schweigen zu bringen.

Viele Zensuranfragen kamen mit einer gebieterischen Haltung, vor allem aus dem Weißen Haus von

Biden, aber auch aus dem Büro des Abgeordneten Adam Schiff (D-Calif.), der zu dieser Zeit den mächtigen Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses leitete.

Etwa im November 2020 schickte das Büro von Schiff eine Liste von Forderungen an Twitter, darunter die Entfernung *"jeglicher Inhalte"* über die Mitarbeiter des Ausschusses und die Sperrung *"vieler"* Konten, darunter das von Paul Sperry, einem Journalisten von RealClearInvestigations.

Das Büro von Schiff beschuldigte Sperry der Belästigung und der Förderung *"falscher QAnon-Verschwörungen"*.

Sperry wies die Anschuldigung zurück, forderte Schiff auf, Beweise für seine Behauptungen vorzulegen, und kündigte an, dass er rechtliche Schritte erwäge.

Die Forderungen von Schiff waren offenbar eine Reaktion auf Sperrys Artikel, in denen über die Identität des Whistleblowers im Weißen Haus spekuliert wurde, der ein "quid pro quo" zwischen Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyy behauptete.

Sperry berichtete unter Berufung auf anonyme Quellen, dass es sich bei dem Informanten wahrscheinlich um den damaligen CIA-Analysten Eric Ciaramella handelte, der im Weißen Haus von einem Gespräch mit Sean Misko, einem Mitarbeiter aus der Obama-Regierung, belauscht wurde. Misko wurde später Mitglied von Schiff's Ausschuss.

Twitter lehnte Schiff's Forderungen ab, mit der Ausnahme, Sperry's Kontoaktivitäten "erneut" zu überprüfen. Sperrys Konto wurde Monate später gesperrt. Taibbi sagte, er habe nicht herausfinden können, warum.

Die vielen Zensuranfragen, die Twitter über das FBI erhielt, wurden so formuliert, dass sie lediglich dazu dienten, das Unternehmen auf Informationen aufmerksam zu machen, und es dem Unternehmen überlassen wurde, zu entscheiden, was damit geschehen sollte. Doch die Führungskräfte von Twitter sahen sich eindeutig gezwungen, diesen Anfragen nachzukommen, selbst in Fällen, in denen sie intern

Schwierigkeiten hatten, dies zu rechtfertigen, wie die Dokumente zeigen.

Der Druck der Regierung nahm verschiedene Formen an. Das FBI ging seinen Anfragen nach, und wenn diese nicht erfüllt wurden, musste Twitter sich gegenüber der Behörde rechtfertigen. Wenn Twitters Standpunkt zu einem Thema von dem abwich, den die Regierung erwartete, wurden die Führungskräfte des Unternehmens befragt und darauf hingewiesen, dass das FBI und sogar die breitere Geheimdienstgemeinschaft nicht zufrieden waren. Das würde die Führungskräfte in einen Triage-Modus versetzen und sie würden sich beeilen, die Beziehung zu retten, die sie offenbar für wichtig hielten.

Siegel mit der Aufschrift "Department of Justice Federal Bureau of Investigation" auf dem J. Edgar Hoover FBI-Gebäude in Washington

Share Rabbit Research

Die Unternehmensmedien dienten als weiterer Druckpunkt. Wenn Twitter nicht schnell genug tat, was ihm gesagt wurde, wurden die Medien mit Informationen versorgt, die Twitter als ein Problem von höchster Wichtigkeit darstellten, wie etwa mögliche ausländische Einflussnahme auf seine Plattform.

Ein Zensurantrag richtete sich beispielsweise gegen ein Konto, das angeblich vom russischen Geheimdienst betrieben wurde, obwohl Twitter keine Beweise dafür vorgelegt wurden.

"Aufgrund fehlender technischer Beweise auf unserer Seite habe ich es im Allgemeinen dabei belassen und auf weitere Beweise gewartet", sagte ein Twitter-Manager, der laut Taibbi früher für die CIA gearbeitet hat.

"Unser Zeitfenster dafür schließt sich, da die Regierungspartner aggressiver werden, was die Zuordnung und die Berichterstattung darüber angeht."

Die interne E-Mail deutet darauf hin, dass Twitter es trotz fehlender konkreter Beweise nicht wagen würde, der Aufforderung nicht nachzukommen, weil die Regierung das Konto öffentlich als vom

russischen Geheimdienst betrieben bezeichnen würde.

Der Kongress war vielleicht das schwerste Damoklesschwert, das über Twitters Kopf hing. Die Gesetzgeber könnten nicht nur eine negative Medienberichterstattung auslösen, sondern das Unternehmen auch in Anhörungen und Untersuchungen verwickeln oder sogar Gesetze einführen, die Twitters Gewinn schmälern könnten.

Das Logo der CIA im CIA-Hauptquartier in Langley, Virginia.

So drängte beispielsweise Senator Mark Warner (D-Va.) Twitter im Jahr 2017 dazu, mehr Beweise für russische Einflussnahme auf seiner Plattform vorzulegen, und tat sich mit den Senatoren Amy Klobuchar (D-Minn) und John McCain (R-Ariz) zusammen. Amy Klobuchar (D-Minn.) und John McCain (R-Ariz.) zusammen, um einen Gesetzentwurf vorzuschlagen, der eine umfassende Offenlegung politischer Online-Werbung erfordert hätte.

In der Zwischenzeit waren die Twitter-Manager davon überzeugt, dass Gesetzgeber Informationen, die Twitter ihnen zur Verfügung gestellt hatte, weitergaben und negative Nachrichten verbreiteten, obwohl das Unternehmen versuchte, sie mit immer strengeren Maßnahmen gegen tatsächliche und angebliche mit Russland verbundene Konten zu beschwichtigen.

Obwohl das FBI Twitter offiziell nur vor den Aktivitäten bösartiger ausländischer Akteure warnte, handelte es sich bei vielen der Zensuranfragen einfach um Listen von Konten, bei denen es wenig bis gar keine Beweise für bösartige ausländische Verbindungen gab. Manchmal versuchte Twitter, mehr Informationen anzufordern, mit dem Hinweis, dass es selbst keine Beweise finden konnte, aber oft gab es einfach nach. Laut Taibbi war es für Twitter unmöglich, jede einzelne Anfrage mit der gebotenen Sorgfalt zu bearbeiten - es waren einfach zu viele.

In einer von Taibbi aufgedeckten Anfrage wurde behauptet, dass *"die angehängten E-Mail-Konten" "möglicherweise für die Verwendung bei Einflussnahme, Social Media Collection oder Social Engineering"* erstellt wurden.

"Ohne weitere Erklärung wurde Twitter ein Excel-Dokument zugesandt", so Taibbi.

Die Zensuranfragen waren einseitig gegen die politische Rechte gerichtet. Einige Forscher meinten, die Rechte sei viel stärker an der Verbreitung von Fehlinformationen beteiligt, aber die Dokumente zeigen, dass es bei der Zensur nicht so sehr um eine Rechts-Links-Dichotomie ging, sondern eher um eine Pro- und Anti-Establishment-Dichotomie. Sogar einige linksgerichtete Konten wurden ins Visier genommen, wenn sie zu weit von der offiziellen Regierungsdarstellung abwichen.

Darüber hinaus schien die Rechte von vornherein nicht sehr erpicht darauf zu sein, Zensur zu fordern. Taibbi konnte keinen einzigen Zensurantrag von der Trump-Kampagne, dem Weißen Haus oder auch nur von einem Republikaner finden, obwohl ihm gesagt wurde, dass es einige gab.

Auf der anderen Seite schien es keinen Appetit auf die Bekämpfung von Fehlinformationen aus dem Establishment selbst zu geben.

Eine Außenansicht von "The Mac Shop" in Delaware, wo Hunter Biden angeblich seinen Laptop zur Reparatur brachte, ihn aber nie abholte.

Share

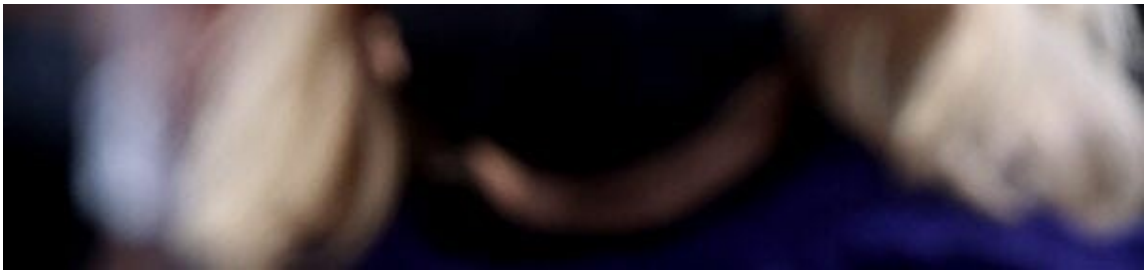
Twitters Unterdrückung des Exposés der New York Post aus dem Jahr 2020 über Hunter Biden, den Sohn des damaligen Kandidaten Joe Biden, wurde in der Twitter-Veröffentlichung besonders detailliert seziert. Offenbar wurden einige Twitter-Führungskräfte, insbesondere Roth, Leiter der Abteilung für Vertrauen und Sicherheit, regelmäßig zu Treffen mit dem FBI und anderen Geheimdiensten eingeladen, um Informationen über die Online-Aktivitäten ausländischer Regime zu erhalten. In den Monaten vor der Wahl 2020 war Roth darauf konditioniert worden, eine russische *"Hack-and-Leak"*-Operation zu

erwarten, möglicherweise im Oktober und unter Beteiligung von Hunter Biden.

Das FBI behauptete, dass es einige Beweise für eine russische Beeinflussungsoperation im Zusammenhang mit Hunter Bidens Geschäften in der Ukraine gab. Dem FBI war aber auch bekannt, dass Hunter Biden seinen Laptop mit brisanten Informationen in einer Computerwerkstatt in Delaware deponiert hatte und dass eine Kopie davon Trumps damaligem Anwalt, dem ehemaligen New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani, übergeben worden war. Das FBI holte den Laptop im Dezember 2019 aus der Reparaturwerkstatt ab und ließ Giuliani im August 2020 überwachen, als der Techniker ihm die Kopie übergab. Das FBI wusste, dass die Informationen auf dem Laptop weder gehackt wurden noch einem russischen Komplott entsprungen waren.

Als die Post die Geschichte veröffentlichte, gab es für die Führungskräfte von Twitter keinen Zweifel daran, dass es sich um genau das handelte, wovor das FBI gewarnt hatte.

"Dies fühlt sich sehr nach einer etwas subtilen Leak-Operation an", kommentierte Roth in einer internen E-Mail, obwohl er zugab, dass er keine Beweise für eine solche Behauptung hatte, außer der *"fragwürdigen Herkunft"* des Laptops.



Hunter Biden kommt zur Amtseinführung des designierten Präsidenten Joe Biden an der Westfront des US-Kapitols in Washington, am 20. Januar 2021.

Roth merkte an, dass die Geschichte eigentlich gegen keine der Twitter-Regeln verstieß. Dennoch wurde sie als *"unsicher"* eingestuft und auf der Plattform gemäß der Richtlinie gegen gehacktes Material gesperrt, obwohl es keine Beweise dafür gab, dass das Material gehackt wurde.

Der damalige stellvertretende Leiter der Rechtsabteilung von Twitter, James Baker, unterstützte die Zensurmaßnahme mit der Begründung, es sei *"vernünftig"* anzunehmen, dass die Informationen über Hunter Biden durch Hacking erlangt worden seien.

Baker war bis Mai 2018 Chefsyndikus des FBI. Im Juni 2020 wechselte er zu Twitter. Beim FBI war Baker eng in den Skandal um die Russland-Ermittlungen involviert, bei dem das FBI die Trump-Kampagne und später die Trump-Regierung in umfassende Ermittlungen verwickelte, die auf fadenscheinigen und erfundenen Behauptungen beruhten, dass Trump mit Russland konspiriert habe, um die Wahl 2016 zu beeinflussen. Die Behauptungen wurden von Agenten aufgestellt, die von der Kampagne von Trumps Gegnerin, der ehemaligen Außenministerin Hillary Clinton, finanziert wurden.

Wie Elvis Chan, Leiter der Cyber-Abteilung der FBI-Außenstelle in San Francisco, die für die Kommunikation mit Twitter und anderen Tech-Unternehmen mit Sitz in ihrem Zuständigkeitsbereich zuständig war, im November 2022 aussagte, lagen dem FBI keine nachrichtendienstlichen Erkenntnisse vor, die auf eine *"Hack-and-Leak"*-Operation im Vorfeld der Wahl 2020 hindeuteten.

Twitter selbst habe im Vorfeld der Wahl 2020 nur sehr wenige russische Aktivitäten festgestellt, berichtete Shellenberger unter Berufung auf interne Mitteilungen.

Twitter hat die Praxis des Shadowbannings - die Unterdrückung der Reichweite eines Kontos, ohne den Nutzer darüber zu informieren - lange bestritten. Das Dementi definierte Shadowbanning jedoch ausdrücklich als das Unsichtbarmachen der Inhalte einer Person für andere. Die Leute haben sich darüber beschwert, dass Twitter anscheinend unterdrückt, wie viele Leute ihre Inhalte sehen, ohne sie gänzlich unsichtbar zu machen. Aus internen Unterlagen geht hervor, dass Twitter dies in der Tat häufig tut.

Ein Twitter-Ingenieur sagte zu Weiss: *"Wir kontrollieren die Sichtbarkeit ziemlich stark. Und wir kontrollieren die Verstärkung Ihrer Inhalte in hohem Maße. Und normale Menschen wissen nicht, wie viel wir tun."*

Zu denjenigen, deren Konten heimlich gedrosselt wurden, gehörte Jay Bhattacharya, Medizinprofessor an der Stanford University und einer der ersten Kritiker der COVID-19-Sperren.

Andere waren Dan Bongino, ein konservativer Podcaster und ehemaliger Secret Service Agent, und Charlie Kirk, Gründer von Turning Point USA, der größten konservativen Jugendgruppe des Landes.

Twitter hat Informationen über die COVID-19-Pandemie weitgehend unterdrückt. Alles, was über die Ursprünge des Virus, seine Behandlung, die dafür entwickelten Impfstoffe und die öffentlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus gesagt wurde, musste mit der offiziellen Position der Bundesregierung übereinstimmen, wie sie von den Centers for Disease Control and Prevention (CDC) verkündet wurde.

Zweig sagte, er habe *"zahllose Fälle von Tweets gefunden, die als 'irreführend' bezeichnet oder ganz gelöscht wurden, manchmal sogar zu Kontosperrungen führten, nur weil sie von den CDC-Richtlinien abwichen oder von den Ansichten des Establishments abwichen."*

Der Twitter-Nutzer @KelleyKga, ein selbsternannter Faktenprüfer, kritisierte einen Tweet, in dem fälschlicherweise behauptet wurde, COVID-19 sei die häufigste Todesursache bei Kindern durch Krankheiten. @KelleyKga wies darauf hin, dass eine solche Behauptung eine Rosinenpickerei bei den Daten voraussetzen würde, und untermauerte dieses Argument mit Daten der CDC. Die Kritik von @KelleyKga wurde jedoch als *"irreführend"* bezeichnet und unterdrückt. Der Tweet, der die falsche Behauptung enthielt, wurde hingegen nicht unterdrückt.

Der Arzt Euzebiusz Jamrozik schrieb auf Twitter lediglich eine genaue Zusammenfassung der Studienergebnisse zu den Nebenwirkungen des COVID-19-Impfstoffs. Der Tweet wurde als *"irreführend"* bezeichnet und unterdrückt.

Manchmal, so scheint es, unterdrückte Twitter die Informationen von sich aus, aber viele der COVID-19-bezogenen Anfragen kamen von der Regierung und sogar direkt aus dem Weißen Haus von Biden, wie interne Akten zeigen.

In einer E-Mail beschuldigte Rob Flaherty, der Direktor für Digitales im Weißen Haus, Twitter, sich *"nach hinten zu beugen",* um einer seiner Zensuranfragen zu widerstehen, und nannte es *"totales Calvinball"* - ein Spiel, bei dem die Regeln nebenbei erfunden werden. Die E-Mail, die nicht zu den Twitter-Akten gehört, wurde während einer laufenden Klage der Generalstaatsanwälte von Missouri und Louisiana gegen die Regierung Biden veröffentlicht.

Ein anderer Mitarbeiter des Weißen Hauses wollte, dass Twitter einen Tweet von Robert Kennedy Jr. zensiert, einem langjährigen Kritiker von Impfungen. Der Mitarbeiter fragte sich, ob Twitter *"den Prozess in Gang setzen könnte, um den Tweet so schnell wie möglich zu entfernen."*

"Und wenn wir dann ein Auge auf Tweets haben können, die in das gleiche Genre fallen, wäre das großartig", sagte er in der E-Mail vom 23. Januar 2021.

Die Regierung hat nicht immer versucht, solche Inhalte entfernen zu lassen. Personen, die lediglich ihre *"Bedenken"* bezüglich der Impfstoffe zum Ausdruck brachten, sollten lediglich davon abgehalten werden, dass ihre Inhalte ein größeres Publikum erreichten, so die Dokumente.

Für die Regierung Biden stand viel auf dem Spiel, denn die Einführung der Impfstoffe war eine ihrer ersten und öffentlichkeitswirksamsten Aufgaben. Es gab auch noch andere Interessengruppen.

Joe Biden spricht im Weißen Haus in Washington am 23. August 2021 über die Reaktion auf Covid-19 und das Impfprogramm.

Share

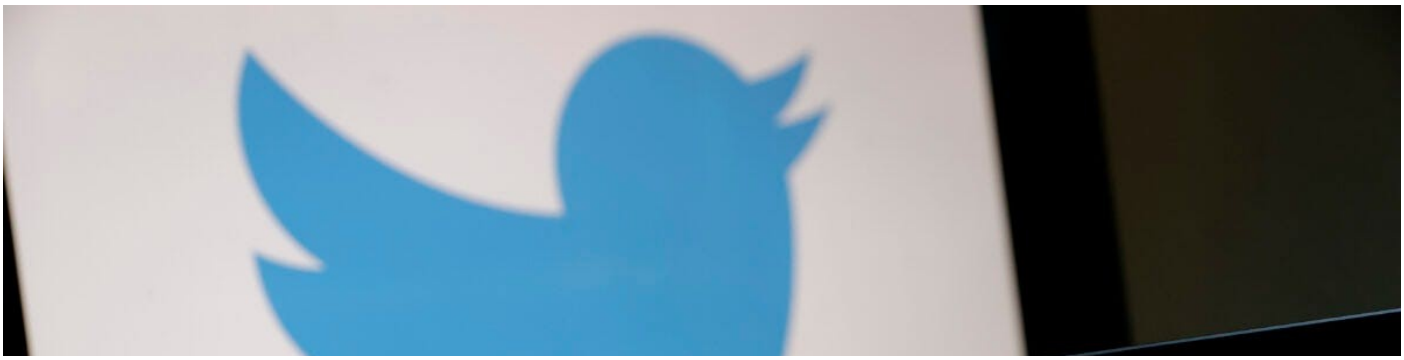
Mehrere Zensuranfragen kamen von Scott Gottlieb, Vorstandsmitglied und Leiter des Ausschusses für Regulierung und Einhaltung von Vorschriften bei Pfizer, dem Pharmariesen, der den populärsten Impfstoff COVID-19 hergestellt und in den letzten zwei Jahren Dutzende von Milliarden Dollar mit dessen Verkauf verdient hat.

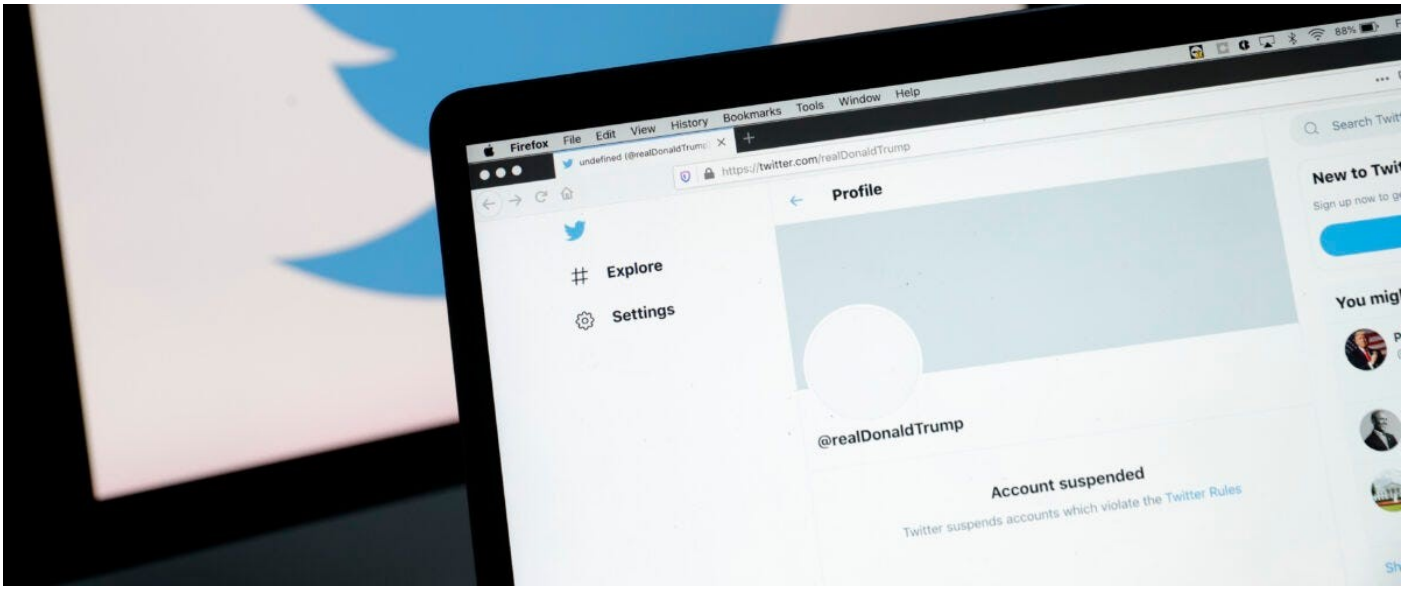
Gottlieb schickte mindestens drei Anfragen an Twitter. Eine richtete sich gegen einen Arzt, der auf der Plattform argumentierte, dass eine natürlich erworbene Immunität gegen COVID-19 einer Impfung überlegen sei. Twitter unterdrückte den Tweet, obwohl der Arzt Recht hatte.

Eine andere Anfrage richtete sich gegen den Autor Justin Hart, der sich auf Twitter gegen Schulschließungen aussprach und darauf hinwies, dass COVID-19-Todesfälle bei Kindern extrem selten seien. Gottlieb schickte die Anfrage kurz bevor Pfizer die Zulassung für die Verwendung seines Impfstoffs bei Kindern erhielt. Twitter kam der Aufforderung nicht nach.

Eine weitere Anfrage richtete sich gegen den ehemaligen NY Times-Reporter Berenson. Gottlieb behauptete, dass Berensons Kritik an Dr. Anthony Fauci, dem Leiter der COVID-19-Abteilung in der Regierung Biden, zu Drohungen mit körperlicher Gewalt gegen Fauci geführt habe. Twitter sperrte Berensons Konto kurz darauf.

Gottlieb schickte seine Anfragen an denselben Twitter-Beamten, der als Kontaktperson für Zensuranfragen aus dem Weißen Haus diente.





Das gesperrte Twitter-Konto von Donald Trump erscheint auf einem Laptop-Bildschirm am 8. Januar 2021.

Trump war auf Twitter besonders erfolgreich. Seine in jahrzehntelangem Umgang mit der New Yorker Presse geschliffenen Phrasen kamen auf dem Kurznachrichtendienst Twitter gut an, verschafften dem Präsidenten rund 90 Millionen Follower und gaben ihm die Möglichkeit, Medienfilter zu umgehen und sofort landesweite Aufmerksamkeit zu erregen. Trumps Twitter-Präsidentschaft rief jedoch innerhalb des Gürtels Verachtung hervor, insbesondere bei den Außenpolitikern, die an diplomatische Feinheiten gewöhnt waren.

Dass Twitter Trump wenige Tage nach den Protesten und Ausschreitungen vor dem US-Kapitol am 6. Januar 2021 aus dem Verkehr zog, scheint einer der Fälle zu sein, in denen Twitter-Führungskräfte eigenmächtig handelten und gegen die Inhaltsrichtlinien der Plattform verstießen, indem sie die Stimme eines amtierenden amerikanischen Präsidenten unterdrückten, wie aus internen Dokumenten hervorgeht.

Twitter sperrte Trumps Konto am 8. Januar 2021, nachdem der Präsident zwei Beiträge veröffentlicht hatte.

"Die 75.000.000 großen amerikanischen Patrioten, die für mich, AMERICA FIRST und MAKE AMERICA GREAT AGAIN gestimmt haben, werden auch in Zukunft eine RIESENSTIMME haben. Sie werden in keiner Weise respektlos oder unfair behandelt werden!!!", heißt es in einem der Tweets von Trump.

"An alle, die gefragt haben: Ich werde nicht zur Amtseinführung am 20. Januar gehen", hieß es in einem anderen.

Twitter-Moderatoren und -Überwacher waren sich einig, dass die Tweets nicht gegen die Regeln verstießen.

"Ich denke, es ist schwer zu sagen, dass dies eine Aufwiegelung ist", schrieb ein Mitarbeiter. *"Es ist ziemlich klar, dass er sagt, dass die 'amerikanischen Patrioten' diejenigen sind, die für ihn gestimmt haben, und nicht die Terroristen (wir können sie so nennen, richtig?) vom Mittwoch."*

Höhere Führungskräfte, die unter dem Druck ihrer vielen Anti-Trump-Mitarbeiter standen, wollten

diese Schlussfolgerung nicht akzeptieren und drängten weiterhin darauf, Trumps Kommentare als böswillig auszulegen.

"Die größte Frage ist, ob ein Tweet wie der von Trump heute Morgen, der an sich keine Regelverletzung darstellt, als verschlüsselte Aufforderung zu weiterer Gewalt verwendet wird", schrieb Vijaya Gadde, Twitters Leiterin für Recht, Politik und Vertrauen, in einer internen Nachricht.

Donald Trump spricht im Oval Office, bevor er eine Durchführungsverordnung zur Regulierung sozialer Medien in Washington am 28. Mai 2020 unterzeichnet.

Ein anderes Twitter-Moderationsteam versah Gaddes Argument schnell mit einem Narrativ. Trump sei ein *"Anführer einer gewalttätigen extremistischen Gruppe, der die Gruppe und ihre jüngsten Aktionen verherrlicht"*, so die Schlussfolgerung des Teams, wie aus internen Mitteilungen hervorgeht.

Im Januar 2018 legte der damalige Repräsentant Devin Nunes (R-Calif.) sein Memo vor, in dem er den Missbrauch der FBI-Überwachung im Rahmen der Trump-Russland-Ermittlungen detailliert darlegte. Das Memo war in praktisch allen wesentlichen Punkten korrekt, wie später vom Generalinspekteur des Justizministeriums Michael Horowitz bestätigt wurde.

Das Memo wurde von den Konzernmedien als *"Witz"* abgetan, fand aber in den sozialen Medien dennoch großen Anklang. Ältere Medien und mehrere Gesetzgeber behaupteten daraufhin, das Memo sei von Konten, die mit russischen Beeinflussungsmaßnahmen in Verbindung stehen, online verbreitet worden.

Twitter fand jedoch keine Beweise für russische Einflussnahme hinter dem Hashtag #ReleaseTheMemo.

Der Abgeordnete Devin Nunes (R-Calif.) spricht während einer Anhörung auf dem Capitol Hill in Washington am 21. November 2019.

Die Behauptungen stammten alle von der Allianz für die Sicherung der Demokratie (ASD), einer Gruppe, die 2017 im Rahmen des German Marshall Fund gegründet wurde, einer von der amerikanischen, deutschen und schwedischen Regierung finanzierten Denkfabrik.

Die ASD ist eng mit dem außenpolitischen und nationalen Sicherheitsestablishment der USA verbunden. Sie wurde damals von Laura Rosenberger geleitet, einer ehemaligen Clinton-Wahlkampfberaterin, die verschiedene Funktionen im Außenministerium und im Nationalen Sicherheitsrat innehatte. Dem Beirat gehören der ehemalige Vorsitzende der Clinton-Kampagne John Podesta, der ehemalige CIA-Chef Michael Morell und der ehemalige Leiter des Heimatschutzministeriums Mike Chertoff an.

Twitter-Beamte waren ratlos, wie der ASD zu seinen Schlussfolgerungen kam.

"Wir haben nachgeforscht und festgestellt, dass das Engagement überwiegend organisch war und durch ein starkes Engagement von VIT [Very Important Tweeters] angetrieben wurde (einschließlich Wikileaks, [Donald Trump Jr.], Repräsentant Steve King und andere)", schrieb Roth in einer internen Nachricht.

Tatsächlich war das *"Dashboard",* das ASD für seine Behauptungen verwendete, bereits von Twitter zurückentwickelt worden - eine Tatsache, die Roth gegenüber den Medien nicht offenlegen wollte.

Twitter versuchte, die Geschichte hinter den Kulissen zu entlarven, ohne solche Details preiszugeben, aber ohne Erfolg. Anfangs hätten die Reporter die Geschichte übernommen, ohne Twitter überhaupt zu kontaktieren, schrieb Roth.

Der ursprüngliche Brief von Schiff und Senatorin Diane Feinstein (D-Calif.), der damals ranghöchsten Demokratin im Justizausschuss, wurde ebenfalls veröffentlicht, bevor Twitter die Möglichkeit hatte, darauf zu reagieren, so interne Mitteilungen.

Twitter versuchte, Senator Richard Blumenthal (D-Conn.) davon abzuhalten, sich mit einem eigenen Brief zu Wort zu melden, scheiterte aber ebenfalls.

"Blumenthal ist nicht immer auf der Suche nach echten und nuancierten Lösungen. Er will Anerkennung dafür bekommen, dass er uns weiter vorantreibt. Und er wird vielleicht erst weitermachen, wenn die Presse weitermacht", kommentierte Carlos Monje, der damalige Direktor für Öffentlichkeitspolitik bei Twitter, in einer internen Mitteilung. Monje war früher ein Beamter des Verkehrsministeriums und kehrte unter der Regierung Biden in das Ministerium zurück.

Letztendlich hat Twitter die Russland-Darstellung nie öffentlich in Frage gestellt.

Das Pentagon

2017 bat ein Beamter des Pentagons Twitter darum, mehrere Konten, die das Verteidigungsministerium zur Verbreitung seiner Botschaft im Nahen Osten nutzte, auf eine *"Whitelist"* zu setzen. Twitter willigte ein und gewährte den Konten ähnliche Privilegien, wie sie für verifizierte Konten gelten.

Später entfernte das Pentagon jedoch alle offensichtlichen Verbindungen zwischen den Konten und der US-Regierung, wodurch sie de facto zu Schleichwerbung wurden. Obwohl die Konten gemäß der Twitter-Richtlinie für inauthentische Aktivitäten hätten entfernt werden müssen, ließ das Unternehmen sie mehrere Jahre lang bestehen, wie der unabhängige Journalist Fang berichtet.

Laut Taibbi diente das FBI anderen Regierungsbehörden als Vermittler, um Informationen an Twitter weiterzuleiten und um Gefallen zu bitten.

In einem Austausch erklärte der FBI-Cyberchef Chan, dass die Behörde Mitteilungen der US-Geheimdienste (USIC) an Twitter weiterleiten würde, während andere wahlbezogene Mitteilungen von der DHS-Agentur für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit (CISA) kommen würden.

"Wir können Ihnen alles mitteilen, was wir von den Behörden FBI und USIC sehen", sagte Chan. *"Die CISA wird wissen, was in den einzelnen Staaten vor sich geht."*

Er fragte dann, ob Twitter separat mit der CISA kommunizieren wolle oder ob *“es sich lieber auf das FBI als den Bauchnabel [der US-Regierung] verlassen wolle."*

Die Twitter-Führungskräfte waren überrascht zu erfahren, dass das FBI über Agenten verfügt, die speziell für die Durchsuchung von Twitter und das Aufspüren von Verstößen gegen die Inhaltsrichtlinien zuständig sind.

Seit 2017 hat Twitter mindestens 15 ehemalige FBI-Agenten eingestellt und damit die Behörde noch enger mit der Plattform verwoben. Diese Praxis ist so verbreitet, dass es bei Twitter eine interne Diskussionsgruppe für ehemalige Agenten gab.

Das FBI reagierte auf die Enthüllungen über die Twitter-Dateien in einer Erklärung, in der es die Berichterstattung als *"Fehlinformation"* bezeichnete, die von *"Verschwörungstheoretikern und anderen ... mit dem einzigen Ziel verbreitet wurde, die Behörde zu diskreditieren"*.

Dem DHS ist es gelungen, die Sprachüberwachung in sein Mandat zum Schutz kritischer Infrastrukturen zu integrieren. Im Januar 2017, kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Weißen Haus, bezeichnete Präsident Barack Obama Wahlen als kritische Infrastrukturen. Das CISA des DHS machte es dann zu seiner Aufgabe, Wahlen nicht nur vor Hackern, sondern auch vor Fehlinformationen und Desinformation zu schützen.

Das Gebäude des US-Heimatschutzministeriums in Washington

Im Juli 2020 schloss sich die CISA mit mehreren privaten Forschungseinrichtungen zusammen, um Wahlbedrohungen aufzuspüren, zu untersuchen und zu bekämpfen. Sie nannten sich selbst die Election Integrity Partnership (EIP) und umfassten das Stanford Internet Observatory, das Center for an Informed Public der Universität Washington, das Digital Forensic Research Lab des Atlantic Council und Graphika, ein Unternehmen für die Analyse sozialer Medien.

Der Atlantic Council fungiert als halboffizielle Denkfabrik der NATO. Er unterhält enge Beziehungen

zur Regierung, insbesondere zur Außenpolitik und zu den Nachrichtendiensten. Zu seinem rund 200-köpfigen Vorstand gehören sieben ehemalige CIA-Chefs und eine Vielzahl anderer hochrangiger Persönlichkeiten aus dem Bereich der nationalen Sicherheit.

In der Praxis durchsuchte die EIP die sozialen Medien nach allem, was sie als Bedrohung für die Wahlen ansah, einschließlich Meinungen, die die Wahlergebnisse oder -abläufe in *"irreführender"* Weise in Frage stellten. Solche Inhalte würden dann an die Unternehmen der sozialen Medien zur Entfernung oder Unterdrückung weitergeleitet.

Der Leiter der EIP, Alex Stamos, sagte, die Gruppe sei gegründet worden, um die Lücke bei der Bekämpfung von Wahldesinformation zu schließen, die die Regierung nicht zu schließen befugt sei.

Die Regierung darf sich nicht in die rechtmäßige Rede der Amerikaner einmischen, die durch den ersten Verfassungszusatz geschützt ist.

In seinem Abschlussbericht nach der Wahl 2020 wurde das EIP dafür gerühmt, die Entfernung oder Unterdrückung von 22 Millionen Online-Inhalten und Dutzenden ganzer *"Narrative"* ermöglicht zu haben.

Im Allgemeinen waren dieselben Akteure, die an der EIP beteiligt waren, auch an der Unterdrückung von Informationen im Zusammenhang mit COVID-19 und den Wahlen 2022 beteiligt.

Die CISA versuchte, sich von der Rolle der EIP bei der Zensur zu distanzieren und erklärte, sie habe der EIP nie Beispiele für potenzielle Fehlinformationen übermittelt.

"Die CISA zensiert keine Rede, Punkt. Die Aufgabe der CISA ist es, die Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation und ausländischer bösartiger Einflussnahme zu erhöhen, die kritische Infrastrukturen, einschließlich der Wahlinfrastruktur, bedrohen", erklärte ein Sprecher der CISA gegenüber The Epoch Times per E-Mail.

"Wir arbeiten unparteiisch mit staatlichen und lokalen Wahlbehörden zusammen, um die amerikanische Öffentlichkeit mit genauen Informationen über die Durchführung und Sicherheit ihrer Wahlen zu versorgen. Die Betreiber von Online-Inhaltsplattformen treffen wie immer ihre eigenen Entscheidungen bezüglich der Inhalte auf ihren Plattformen."

Ein Beamter der CISA sagte der Epoch Times, dass die Behörde keine Anträge auf Entfernung von Inhalten an soziale Medien schickt.

Diese Behauptung scheint im Widerspruch zu anderen öffentlich verfügbaren Informationen zu stehen.

Das vom DHS finanzierte Zentrum für den Informationsaustausch und die Analyse von Wahlinfrastrukturen (EI-ISAC) forderte lokale Wahlbeamte auf, es über *"Fehlinformationen"* oder *"Desinformationen"* zu informieren. Die Informationen würden dann an das CISA weitergeleitet, das sie *"an die entsprechende(n) Social-Media-Plattform(en) zur Überprüfung weiterleiten würde"*, heißt es in einem Online-Dokument des EI-ISAC.

Auf die Frage nach dieser Diskrepanz stellte der Beamte klar, dass CISA Informationen, die von staatlichen und lokalen Wahlbehörden als potenzielle Desinformationen im Zusammenhang mit der Wahlsicherheit identifiziert wurden, in den Wahlzyklen 2018 und 2020 an Social-Media-Plattformen

weitergegeben hat, nicht jedoch im Wahlzyklus 2022.

Share

Mike Benz, ein ehemaliger Beamter des Außenministeriums, der in der Trump-Administration für das Cyberportfolio zuständig war, verfolgte die Spur des staatlich-privaten Zensurapparats bis hin zur Infrastruktur für den außenpolitischen Regimewechsel.

Mike Benz, während eines Interviews in der EpochTV-Sendung "Over the Target". (Die Epoch Times)

Das Wachstum der sozialen Medien in den 2000er Jahren wurde vom Establishment als positiv empfunden, weil es sich als unschätzbar wertvoll für die Beschleunigung von Aufständen erwies. Die Vereinigten Staaten unterstützen seit langem die lokale Opposition gegen Schurkenregime und Diktatoren, und die sozialen Medien ermöglichten es solchen Gruppen, schnell Massenproteste zu organisieren, wie die Aufstände des Arabischen Frühlings zeigten, argumentierte Benz.

Zu diesem Zweck wurde die freie Meinungsäußerung im Internet durch das außenpolitische Establishment der USA unterstützt.

Nach dem Brexit im Jahr 2016 und der Wahl von Trump wurde das Establishment jedoch sauer auf die freie Meinungsäußerung. Beide Ereignisse wurden als Untergrabung der NATO angesehen, und beide wurden dem ausländischen Einfluss auf die sozialen Medien - insbesondere Russland - zugeschrieben. Vor allem die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs sahen die Notwendigkeit, russische Einflussnahme im Internet zu erkennen und zu unterbinden, und richteten zu diesem Zweck einen staatlich-privaten Apparat ein.

Doch als sich die Trump-Russland-Untersuchung als Reinfall herausstellte, musste das Establishment anerkennen, dass die populistische Botschaft in erster Linie von inländischen Kräften getragen wurde, so Benz.

Von diesem Zeitpunkt an scheint der Apparat, der zur Bekämpfung ausländischer Einflüsse eingerichtet

wurde, seinen Fokus erweitert zu haben und stattdessen inländische Äußerungen ins Visier zu nehmen.

Die Regierung kann jedoch nicht offen gegen rechtmäßige inländische Äußerungen vorgehen, da die Verfassung staatliche Eingriffe in die politische Meinungsäußerung der Amerikaner verbietet.

Trotz dieses Hindernisses habe die Regierung Wege gefunden, das inländische Zensur-Ökosystem indirekt zu unterstützen, argumentierte Benz.

Eine Methode, die Benz nannte, ist die Vergabe von Zuschüssen an akademische Einrichtungen zur Erforschung von Fehlinformationen und zur Entwicklung von Methoden zu deren Bekämpfung.

Die National Science Foundation, eine Bundesbehörde, die nicht-medizinische Forschung finanziert, hat seit dem Beginn der Biden-Administration fast 40 Millionen Dollar an 42 US-Universitäten vergeben, um *"Desinformation"* oder *"Fehlinformation"* zu bekämpfen, so Benz.

Ein Zuschuss in Höhe von 3 Millionen Dollar ging an zwei Mitglieder des EIP, das Center for an Informed Public der University of Washington und das Stanford Internet Observatory.

Ein Zuschuss in Höhe von 300.000 Dollar ging an die George Washington University, um den *"populistischen"* Botschaften von Politikern in den Vereinigten Staaten und mehreren anderen Ländern entgegenzuwirken.

Benz war über die zunehmende Zensur so beunruhigt, dass er eine Gruppe namens Foundation for Freedom Online gründete, die sich für die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit im Internet einsetzt.

Und es gibt Anzeichen dafür, dass die öffentliche Bloßstellung der Zensurmaschinerie Wirkung gezeigt hat.

Die Regierung Biden sah sich im vergangenen Jahr gezwungen, das geplante Disinformation Governance Board des DHS auf Eis zu legen. Seine frisch ernannte Leiterin, Nina Jankowicz, trat zurück.

"Im Moment ist die wichtigste Quelle der Unterstützung, um die ich bitte, leidenschaftliche Eiferer für diese Sache zu sein", sagte Benz während seines Interviews in EpochTVs *"Over the Target"* im Dezember.

"Erzählt es euren Eltern, eurer Frau und den Kindern am Esstisch, erzählt es euren Freunden. Wenn Sie zwischen den Tischtennisspielen eine Pause machen, spielen Sie den Leuten diese YouTube-Videos vor. All das beginnt auf der Guerilla-Ebene."

"Dieses Zeug spricht für sich selbst. Es wird ein Kult-Klassiker werden, allein aufgrund der Tatsache, dass es jetzt existiert. Denn ich garantiere Ihnen, wenn Sie das einmal gesehen haben, werden Sie es überall sehen. Dieses Material ist wie ein geheimer Decoderring, der Ihnen helfen wird, die täglichen Nachrichten, die Sie im Zensurbereich sehen, zu durchschauen."

Die Twitter-Files, sagte er, dienen als das *"eine Loch ..., das dieses Titanic-Schiff der Zensur bricht"*.

Übersetzung in Zusammenarbeit mit:

https://t.me/QlobalChange & https://t.me/AugenAufMA